



# Niederschrift

## Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 118. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. November 2025, 11 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender  
Michel Deckmann (CDU)  
Ole-Christopher Plambeck (CDU)  
Rasmus Vöge (CDU)  
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Birgit Herdejürgen (SPD)  
Beate Raudies (SPD)  
Annabell Krämer (FDP)

### **Fehlende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)  
Sönke Siebke (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnungspunkt.....	Seite
1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026.....	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache <a href="#">20/3500</a>	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026.....	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache <a href="#">20/3501</a> Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2026 (Nachschiebeliste) Umdruck <a href="#">20/5561</a>	
2. Information/Kenntnisnahme.....	22
Umdruck <a href="#">20/5512</a> – Steuerschätzung Umdruck <a href="#">20/5517</a> – Sondervermögen Infrastruktur Umdruck <a href="#">20/5526</a> – Justizcloud Umdruck <a href="#">20/5534</a> – Sachsenwald Umdruck <a href="#">20/5548</a> – Zinsstrategie Umdruck <a href="#">20/5551</a> (neu) – Kredite, Finanzderivate, Schulden Umdruck <a href="#">20/5554</a> – Standortkonzept Umdruck <a href="#">20/5556</a> – Unternehmensbesteuerung Umdruck <a href="#">20/5560</a> – Innovationsmanagement Umdruck <a href="#">20/5389</a> – Neuregelung der DFG-Programmpauschale vertraulicher Umdruck <a href="#">20/5546</a> – Landesunterkunft Bad Segeberg	
3. Verkauf von landeseigenen Flächen in Brunsbüttel an die Firma Advario Project GmbH zur Errichtung eines Ethylenterminals und weiterer Tanklager....	23
Antrag der Landesregierung Drucksache <a href="#">20/3749</a> vertrauliche Vorlage des Wirtschaftsministeriums vertraulicher Umdruck <a href="#">20/5607</a>	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamten gesetzes im Bereich des Zuschusses für gesetzlich krankenversicherte Beamten und Beamtene.....	24
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache <a href="#">20/3778</a>	
5. Bericht der Landesregierung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur weit überwiegend verfassungswidrigen Beamtenbesoldung im Land Berlin in den Jahren 2008 bis 2020 und mögliche Auswirkungen auf Schleswig-Holstein.....	25
6. Verschiedenes.....	26

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 11:50 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt; die Tagesordnungspunkte 3 und 5 werden aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben.

**1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltplanes für das Haushaltsjahr 2026**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 20/3500](#)

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 20/3501](#)

(überwiesen am 24. September 2025)

hierzu: Umdrucke [20/5418](#), [20/5461](#), [20/5462](#), [20/5469](#), [20/5470](#), [20/5475](#), [20/5476](#), [20/5477](#) (VS-NfD), [20/5478](#), [20/5479](#) (neu), [20/5480](#), [20/5481](#) (vertraulich), [20/5482](#), [20/5483](#), [20/5484](#), [20/5528](#), [20/5532](#), [20/5537](#), [20/5542](#), [20/5544](#), [20/5547](#), [20/5553](#), [20/5558](#), [20/5561](#), [20/5562](#), [20/5564](#), [20/5567](#), [20/5572](#), [20/5573](#), [20/5574](#), [20/5576](#), [20/5577](#), [20/5578](#) (vertraulich), [20/5579](#), [20/5580](#), [20/5581](#), [20/5582](#), [20/5583](#), [20/5584](#), [20/5585](#), [20/5586](#) (vertraulich), [20/5590](#), [20/5599](#), [20/5601](#)

Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2026  
(Nachschiebeliste)  
Umdruck [20/5561](#)

Abgeordnete Krämer nimmt Bezug auf Umdruck [20/5601](#) und bittet das Finanzministerium, die Gesamtsumme der Verpflichtungsermächtigungen vor und nach der Nachschiebeliste für die einzelnen Jahre mitzuteilen.

Abgeordnete Raudies bekräftigt ihre Kritik am Volumen der Nachschiebeliste, die dazu diene, notwendige Änderungen nachzusteuern, aber nicht, neue Maßnahmen in dem Umfang auf den Weg zu bringen.

Abgeordnete Krämer äußert sich in die gleiche Richtung. Sie kritisiert, dass die Landesregierung die von der Verfassung neu eingeräumten Verschuldungsmöglichkeiten voll ausnutze.

Innenministerin Finke weist darauf hin, dass sie bereits bei der Beratung des Einzelplans 04 auf Mehrbedarfe bei der Polizei hingewiesen habe und sich die Kriminalitätszahlen teilweise vervierfacht hätten (zum Beispiel Spionage). Sie bekräftigt ihren Anspruch, das Parlament so frühzeitig wie möglich zu informieren.

### **Einzelplan 03 Der Ministerpräsident – Staatskanzlei**

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 03 01 – 534 04 – Vorsitz der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder (MPK) und KND (Seite 6 der Nachschiebeliste) teilt Herr Kugler, Mitarbeiter in der Staatskanzlei, mit, veranschlagt seien die Kosten für den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz vom 1. Oktober 2027 bis zum 30. September 2028 (Koordination, Organisation und Durchführung der vier Konferenzen der Ministerpräsidenten und vier Konferenzen der Chefs der Staatskanzleien, Kosten für Unterbringung, Sitzungstechnik, Geschäftsstelle und anderes).

Auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 03 05 – 533 01 – Ausgaben für das psychosoziale Beratungsangebot für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung – teilt Frau Dr. Drechsler, Haushaltsbeauftragte der Staatskanzlei, mit, man wolle die Verträge für alle fünf Regionen bis Ende 2027 im Januar 2026 abschließen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 03 06 – 686 03 – Zuwendungen des Landes für den Betrieb eines KI-Rechenzentrums an der Universität zu Lübeck – antwortet Frau Dr. Drechsler, die unterschiedliche Höhe der Verpflichtungsermächtigungen resultiere daher, dass der Betrieb des Rechenzentrums erst anlaufe und später Gebühren erhoben werden sollten.

Finanzstaatssekretär Rabe geht davon aus, dass vom Bund eine Investitionssumme von rund 25 Millionen Euro für das Rechenzentrum nach Schleswig-Holstein fließen werde. Die KI-Container sollten bereits nächstes Jahr in Betrieb gehen. Mit zunehmender Nutzung stiegen die Stromkosten in den nächsten Jahren an.

Abgeordnete Raudies bittet die Landesregierung mitzuteilen, auf welcher Rechtsgrundlage sich das Land an den Kosten beteilige, und dem Ausschuss einen möglichen Vertrag zuzuleiten.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zum Stellenplan teilt Frau Dr. Drechsler mit, in der Staatskanzlei werde es insgesamt 2,5 Stellen für Redenschreiber geben.

**Einzelplan 14**  
**Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government**  
**und Digitalisierung**

hierzu: Gesamtplan für IT und Digitalisierung 2025

Umdruck [20/5568](#)

Abgeordnete Krämer kritisiert, dass die Landesregierung die Ausgaben in Einzelplan 14 um 37 Millionen Euro erhöhe, ohne die Aufstockungen im Einzelnen zu begründen.

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer und Raudies zu Ausgabesteigerungen auf Seite 235 der Nachschiebeliste antwortet Herr Thomsen, Leiter der Abteilung Digitalisierung und Zentrales IT-Management der Landesregierung in der Staatskanzlei, es würden zusätzliche Smartphones beschafft. Im Zuge des Auslaufens von Office 2016 und der Nachbeschaffung von Office 2024 seien zusätzliche Lizenzbedarfe entstanden. Auf eine Frage von Frau Seemann, Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs, teilt er mit, die Lizenzausgaben für Microsoft-Produkte seien um über 70 Prozent gesunken.

Abgeordnete Krämer möchte wissen, welche konkreten Ausstattungen für die Smartphones und welche zusätzlichen Dienstreisen geplant seien, die bei Haushaltaufstellung noch nicht bekannt gewesen seien. Außerdem bittet sie, die Steigerungen bei den Titeln 511 43 und 535 03 zu erläutern. – Herr Thomsen sagt eine schriftliche Antwort zu.

Auf eine Frage des Abgeordneten Plambeck zu Titel 14 02 – 685 05 – Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen – antwortet Herr Thomsen, mit der Fortführung des Programms Offene Innovation unterstütze das Land Kommunen bei der Einführung spezieller Softwarelösungen auf Open-Source-Basis. Außerdem habe man sich externe Unterstützung eingekauft, um die vermehrten Anfragen anderer Länder wie Österreich, Schweiz oder Dänemark und anderer Bundesländer zur Open-Source-Umstellung beantworten zu können (circa 300.000 Euro). Für die Beantwortung von Fragen anderer öffentlicher Einrichtungen könne man keine Kosten in Rechnung stellen.

Frau Seemann mahnt eine Priorisierung der verschiedenen IT-Maßnahmen und die Vorlage der Kalkulation großer Vorhaben an.

Abgeordnete Krämer fragt nach der Höhe des Ist 2025 und den 2026 geplanten Maßnahmen.

Abgeordnete Raudies bittet um nähere Informationen zum Landesprogramm Offene Innovation (geförderte und geplante Projekte).

Herr Thomsen sagt auch hier eine schriftliche Antwort zu.

Auf eine Frage des Abgeordneten Plambeck zu Maßnahmegruppe 01 – Zentrale Arbeitsplatz- und Infrastrukturdiene – antwortet Herr Thomsen, es gehe um Modernisierungen im Zusammenhang mit der Umstellung auf Open Source (zum Beispiel Linux-Arbeitsplatz). Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer erwidert er, er gehe davon aus, dass die Mittel auch im nächsten Haushaltsjahr in der kalkulierten Höhe abflössen. In den letzten zwei Jahren habe man in Einzelplan 14 kaum noch Haushaltsreste gebildet, und man sei intensiv dabei, Rücklagen abbauen.

Abgeordnete Raudies bittet die Staatskanzlei darzulegen, auf welche IT-Maßnahmen in Maßnahmegruppe 01 sich die Mehranforderungen/Fachanforderungen der Ressorts in welcher Höhe auswirkten.

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer zu den Ansatzerhöhungen auf Seite 237 der Nachschiebeliste antwortet Herr Thomsen, bei der Migration der Telefonie, der Zentralisierung im Dataport Rechenzentrum auf Open-Source-Basis komme man voran. Zum Bereich Unified Communication gebe es eine Ausschreibung; man gehe davon aus, im nächsten Jahr in die Produktion gehen zu können. Es gehe um eine verwaltungsinterne Lösung insbesondere zum Thema Chatten, auch für Kommunen und gemeinnützige Vereine und Verbände, und habe nichts mit dem Thema Konten für Bürgerinnen und Bürger zu tun.

Auf eine Frage des Abgeordneten Plambeck zu Maßnahmegruppe 04 – Digitale Verwaltungsservices Schleswig-Holstein – begründet Herr Thomsen die Absenkung des Haushaltsansatzes mit der weiteren Finanzierung großer Verfahren durch den Bund, Verschiebung einzelner

Vorgehensweisen auf Bundesebene, sinkendem Aufwand im Bereich der Softwarepflege und leicht steigendem Aufwand bei der Integration kommunaler Fachverfahren.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 14 03 – 685 01 – Zuschüsse für laufende Zwecke des IT-Verbundes SH für Digitalisierung, E-Government und IT – erklärt Herr Thomsen die Steigerung mit der Realisierung digitaler Gremiensitzungen auf kommunaler Ebene.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 14 04 – 534 03 – Konzept- und Strategieerstellung Digitalisierung – antwortet Herr Thomsen, es gehe darum, die Ressorts bei der Umsetzung der Digitalstrategie, die das Kabinett noch beschließen müsse, zu unterstützen; dazu habe man einen Rahmenvertrag abgeschlossen.

**Einzelplan 04**  
**Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport**

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 04 05 – 534 61 – Kosten der Verwaltungsaufsicht im Feuerwehrwesen und für Aufklärung und Werbung – beantwortet Frau Plath, Mitarbeiterin im Innenministerium, dahin, es gehe um die Brandschutzforschung und Nachwuchsgewinnung. – Abgeordnete Raudies bittet darum, den Mehrbedarf schriftlich näher zu erläutern.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 04 06 – 684 03 – Erstattungen an private Einrichtungen für Helfereinsätze – antwortet Innenministerin Finke, erstattet würden auch Einnahmeausfälle für Ausbilder; ein klarstellendes Schreiben an die kommunalen Landesverbände werde man dem Finanzausschuss zuleiten.

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies und Krämer zu den Programmen zur Demokratieförderung (Seite 31 der Nachschiebeliste) sagt Ministerin Finke zu, den Finanzausschuss über die geplanten Projekte und die in verschiedenen Einzelplänen enthaltenen Programme zu informieren. Über die Ergebnisse der Evaluation im Jahr 2026 und die Schlussfolgerungen werde sie berichten.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 04 16 – 119 03 – Rückzahlung nicht abgerufener Fördermittel – antwortet Innenstaatssekretär Dr. Hogrefe, es gehe um Mittel für das Programm „Neue Perspektive Wohnen“, mit dem man Kommunen in der Phase vor der Erstellung von Bauleitplänen mit einem Betrag von 50.000 Euro bei der Quartiersentwicklung unterstütze. Man habe eine Neubetrachtung des Programms vorgenommen und brauche diese Mittel nicht. Diese Rückzahlung der Investitionsbank habe nichts mit der sozialen Wohnraumförderung zu tun.

Auf eine Frage der Abgeordneten zu Titel 04 16 – 661 01 – Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Finanzierung der Förderung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Ansiedlung einer Batteriezellenfabrik in der Region Heide (Seite 37 der Nachschiebeliste und Seite 8 des Umdrucks [20/5580](#)) antwortet Herr Dr. Hogrefe, man gehe davon aus, die vorliegenden Anträge in Kürze bewilligen zu können, und rechne mit weiteren Anträgen. Die Förderung des Rathausneubaus sei durch die Infrastrukturrichtlinie gedeckt.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 16 04 – 883 07 – Ausbau kommunaler leistungssportlicher Infrastrukturen für Beachvolleyball und Leichtathletik – stellt Ministerin Finke klar, dass diese IMPULS-Maßnahmen nicht neu seien. Es gehe um einen Betrag in Höhe von 3 Millionen Euro für die Förderung von Beachvolleyball (Traglufthalle in Kiel und Lübeck) und einen Betrag von 3 Millionen Euro für Leichtathletik (Erweiterung von Schulsportshallen). Auch mit der Stadt Flensburg sei man im Gespräch über eine Kaltlufthalle.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 16 04 – 712 20 – Baumaßnahmen im Rahmen des Infrastrukturbereichs Bevölkerungs- und Katastrophenschutz – antwortet Ministerin Finke, es gehe darum, in die konkrete Planung für das Zentrum für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz einzusteigen, das mit Mitteln des LuKIFG finanziert werden solle.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 16 04 – 883 20 – Zuweisungen für Investitionen in Schwimmsportstätten – teilt sie mit, nach Festlegung der Förderkriterien werde man den infrage kommenden Bedarf in den Kommunen abfragen und dann in bewährter Zusammenarbeit mit dem Landessportverband und den kommunalen Landesverbänden in einer Jury die Projekte auswählen. Selbstverständlich werde man vorher in den Landtagsausschüssen berichten.

**Einzelplan 05**  
**Finanzministerium**

Eine Frage der Abgeordneten Raudies zu den zehn zusätzlichen Planstellen im Finanzministerium (Seite 42 der Nachschiebeliste) beantwortet Finanzstaatssekretär Rabe dahin, ihm sei nicht bekannt, dass dadurch Stellen in anderen Ressorts wegfielen.

**Einzelplan 11**  
**Allgemeine Finanzverwaltung**

Zu Titel 11 11 – 359 07 – Zuführung von nicht mehr benötigten Rücklagenbeständen an den Landeshaushalt – bittet Abgeordnete Krämer um nähere Erläuterungen.

Der Finanzausschuss bittet das Finanzministerium, Abrechnung, Korrektur und Wirkung des Länderfinanzausgleichs schriftlich näher zu erläutern, und will das Thema zu gegebener Zeit auf die Tagesordnung setzen.

Eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 11 11 – 372 02 – Globale Mindereinnahme – beantwortet Herr Jerratsch, im Finanzministerium verantwortlich für Einzelplan 11, dahin, man berechne den Ansatz aufgrund der Annahmen und regionalisiere die Werte der Steuerschätzung.

(Sitzungsunterbrechung von 13:36 bis 13:45 Uhr)

**Einzelplan 06**  
**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus**

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 06 12 – 892 03 – Dekarbonisierung der Wirtschaft – bestätigt Herr Rosenthal, Haushaltsbeauftragter des Wirtschaftsministeriums, dass das Förderprogramm Ende 2025 ausgelaufen sei. Das weitere Schicksal des in Rede stehenden Förderprojekts sei abzuwarten.

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer und Raudies zu den zusätzlichen Stellen im Wirtschaftsministerium erwidert Frau Zogs, Abteilungsleiterin im Wirtschaftsministerium, die unbesetzten Planstellen im Wirtschaftsministerium resultierten daraus, dass man versuche, mit den Haushaltsmitteln auszukommen. Die fünf neuen Planstellen im Ministerium seien für die strategische Umsetzung des LuKIFG in den Bereichen Straßenbau/Radverkehr, Schiene und Häfen vorgesehen. Auch wenn die Stellen später wieder wegfallen sollten, habe man Beamtenstellen eingeworben, weil man die auch mit Tarifbeschäftigte besetzen könne.

Herr Dr. Lüsse, Leiter des Referats Häfen, Schifffahrt im Wirtschaftsministerium, ergänzt, die Landeshafenstrategie solle demnächst veröffentlicht werden. Das zusätzliche Personal werde für die Projektsteuerung bei der Umsetzung der LuKIFG-Projekte benötigt.

Abgeordnete Krämer kommt zu dem Schluss, dass die Landesregierung ihre Stellenpläne offenbar aufblähe, um zusätzliche Mittel zu generieren, weil man mit dem bestehenden Personalbudget nicht alle Stellen finanzieren könne.

Finanzstaatssekretär Rabe stellt klar, dass die Personalbudgets so bemessen seien, dass die Ressorts ihre Stellen besetzen könnten.

Auf eine Frage von Herrn Dr. Badenhop, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, zu Maßnahmegruppe 07 – Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation zur Stärkung der Wirtschaft in Schleswig-Holstein (Seite 54) – teilt Herr Rosenthal mit, Hintergrund der Veranschlagung sei das Förderprojekt ItzehoeNextGen (vertraulicher Umdruck [20/5620](#)).

Auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zum Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (Seite 57) teilt Frau Zogs mit, zurzeit seien 5 bis 6 Prozent der Stellen im LBV nicht besetzt.

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer antwortet Herr Rosenthal, mit den elf zusätzlichen Stellen für den LBV reagiere man strukturell auf erhöhte Bedarfe (Schwertransporte, Brückenbau, Tunnel, Windenergie, digitale Planung, Straßenbetriebsdienst). Bei der Veranschlagung von Investitionsmitteln gebe es Umschichtungen beziehungsweise Rückumschichtungen zwischen den Einzelplänen 06 und 16 (Umdruck [20/5564](#)). Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Krämer stellt er klar, der straßenbegleitende Radweg werde weiter finanziert, reine Radwegmaßnahmen würden aus Einzelplan 16 finanziert.

Zu Titel 06 14 – 698 01 – An die Stiftung Fledermausschutz Schleswig-Holstein – fragt Abgeordnete Krämer, wann der Landtag Details über die Stiftung erfahre und welche konkreten Maßnahmen 2026 mit den Mitteln geplant seien.

Frau Seemann, Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs, regt an, die Ausgaben für die Fledermausstiftung in Einzelplan 13 zu veranschlagen und dort vorhandene Rücklagen zu nutzen, um Steuergelder zu sparen und Haushaltstransparenz zu schaffen.

Finanzstaatssekretär Rabe weist auf die Bedeutung der Einigung zwischen Landesregierung und BUND hin, mit der man verkehrspolitische, umweltpolitische und finanzpolitische Vorteile verbinde und die für die Landesregierung der Wirtschaftsminister und der Umweltminister unterschrieben hätten.

Abgeordnete Raudies sieht bei der Frage, woher das Geld für die Stiftung komme, das Finanzministerium in der Verantwortung.

Zu Umdruck [20/5577](#), Seite 3, fragt Abgeordnete Raudies, wie viele Mittel aus Einzelplan 06 genau wofür für die Finnlandreise des Ministerpräsidenten ausgegeben worden seien.

Eine Frage der Abgeordneten Raudies zur ÖPNV-Finanzierung beantwortet Herr von Ivernois, Leiter des Referats Öffentlicher Personennahverkehr, Eisenbahnen im Wirtschaftsministerium, dahin, die Abbestellungen seien ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, schmerzen sehr, liefen dem politischen Ziel der Verkehrswende zuwider und sollten so gering wie möglich gehalten werden.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Kapitel 16 06 Maßnahmegruppe 20 – Maßnahmen gemäß Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) antwortet Herr Rosenthal, veranschlagt seien die LuKIFG-Mittel zur Umsetzung von Investitionsmaßnahmen.

Abgeordnete Raudies bittet die Landesregierung, dem Haushaltsgesetzgeber mitzuteilen, welche Mittel die Ministerien für welche Maßnahmen verausgabt hätten und wann der Bund Ausgaben in welcher Höhe bezahlt habe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zur Finanzierung von Hafeninvestitionen erwidert Herr Dr. Lüsse, es gebe reichlich Projekte, die in den kommunalen und privaten Häfen relativ schnell umgesetzt werden könnten; der Investitionsbedarf liege bei insgesamt 1,3 Milliarden Euro. Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt er mit, für den Hafen der Stadt Flensburg werde es schwierig, in den nächsten fünf Jahren Mittel freizugeben, weil dort keine konkreten Projekte in der Schublade lägen.

Abgeordnete Krämer wiederholt ihre Skepsis, dass die Haushaltsmittel in der veranschlagten Höhe tatsächlich im Jahresverlauf verausgabt würden.

Auf ihren Wunsch sagt Herr Rosenthal zu, dem Ausschuss bis zum 6. Dezember 2025 mitzuteilen, welche konkreten Investitionsmaßnahmen (LuKIFG) mit welchen Finanzvolumina 2026 vorgesehen seien.

Zu den Themen Landesstraßen und Brückenbau verweist Frau Zogs auf Umdruck [20/5588](#).

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Kapitel 16 14 Maßnahmegruppe 01 – Modellprojekte im ÖPNV (Seite 56) – erwidert Herr Rosenthal, die vom Bund eingeräumte Laufzeitverlängerung für das Projekt „Smile24“ bis Anfang 2026 koste das Land zusätzliches Geld.

### **Einzelplan 07**

#### **Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 07 01 – 359 09 – Rücklagenentnahme – erläutert Umweltstaatssekretär Knuth, es gehe um EFRE-Kofinanzierungsmittel für energiewendebezogene Forschungsthemen, die man jetzt vollständig aus EU-Mitteln fördern könne.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Seite 63 der Nachschiebeliste teilt Frau Hansen, Haushaltsbeauftragte des Bildungsministeriums, mit, weil sich die Indienststellung des Forschungsschiffs METEOR IV verzögere, könne man die ursprünglich für die Betriebskostenfinanzierung eingeplanten Haushaltsmittel zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe nutzen.

Zu Titel 07 01 – 422 01 – Beamtenbesoldung – fragt Abgeordnete Raudies das Bildungsministerium, wie viele ukrainische Lehrkräfte seit 2022 nachqualifiziert, anerkannt und in den Schuldienst übernommen worden seien.

Bildungsministerin Dr. Stenke bekräftigt das Ziel, zukünftig nicht nur ukrainische Lehrkräfte, sondern auch Lehrkräfte aus anderen Ländern über Anpassungslehrgänge weiterzuqualifizieren und für den schleswig-holsteinischen Schuldienst zu gewinnen. Die zwei zusätzlichen Stellen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs Ganztag seien erforderlich, um die von den Schulträgern eingereichten Anträge zu bearbeiten, die Ist-Kosten-Abrechnung vorzunehmen, eine Evaluation durchzuführen und weitere Konzepte und Qualifizierungsmaßnahmen zum Ganztag auf den Weg zu bringen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 07 03 – 422 05 – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – antwortet Ministerin Dr. Stenke, das Bildungsministerium habe fünf Stellen zur Deckung zusätzlicher Bedarfe insbesondere durch die Digitalisierung und datengestützte Schulentwicklung beantragt. Eine Stelle sei für die Einrichtung der Schüler-ID vorgesehen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 07 03 – 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – antwortet Ministerin Dr. Stenke, alle Themen im Bereich der beruflichen Bildung sollten im SHIBB gebündelt werden, jetzt auch die Gesundheitsberufe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 07 10 – 533 31 – Leistungsentgelt an die IB.SH für die finanzielle Abwicklung des Ausbaus des schulischen Ganztags in Schleswig-Holstein – antwortet Herr Hennigs, Referatsleiter im Bildungsministerium, man werde mit der Investitionsbank einen neuen Aufgabenübertragungsvertrag abschließen.

Zu Titel 07 46 – 684 15 – Förderung von Bildungs- und Beratungsangeboten zur Stärkung von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe – fragt Abgeordnete Krämer, ob das Projekt evaluiert und mit welchem Träger es fortgesetzt werde.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zur Mittelveranschlagung zur Verfestigung der Anpassungslehrgänge ukrainischer Unterstützungslehrkräfte (Titel 07 17 – 422 01) erwidert Ministerin Dr. Stenke, es sei gelungen, die kw-Vermerke zu streichen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 16 07 – 893 01 – Zuschuss für die Aufbaufinanzierung eines neuen Instituts für Maritime Energiesysteme des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt – antwortet Frau Hansen, veranschlagt sei ein Betrag von 15 Millionen Euro als Anschubfinanzierung für die Herrichtung geeigneter Immobilien und Außenflächen für das Institut in Kiel. Die gesamten Investitionskosten betrügen 45 Millionen Euro.

**Einzelplan 09**  
**Ministerium für Justiz und Gesundheit**

Abgeordnete Raudies problematisiert die personelle Situation in den Justizvollzugsanstalten und die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben durch private Sicherheitskräfte.

Justizstaatssekretärin Heß erwidert, der Einsatz von zusätzlichen privaten Sicherheitskräften werde auch in anderen Bundesländern erprobt, er solle nur eine vorübergehende Maßnahme sein, weil man nicht alle Planstellen besetzen könne, und nur für bestimmte nicht hoheitliche Aufgaben erfolgen (nicht im Umgang mit Gefangenen).

Herr Kilian-Georgus, stellvertretender Abteilungsleiter im Justizministerium, antwortet, grundsätzlich reichten die Ausbildungskapazitäten aus, um die Altersabgänge ersetzen zu können. Man werde prüfen, ob man einen weiteren Ausbildungskurs einrichten müsse.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 09 15 – 684 07 – Zuschüsse für Mietkosten an Verbände, Vereine, soziale oder ähnliche Einrichtungen als Träger von Altenpflegeschulen – teilt Gesundheitsstaatssekretär Dr. Tauras mit, die Richtlinie zur Finanzierung der Altenpflegeschulen solle zum 1. Januar 2026 in Kraft treten.

Abgeordnete Herdejürgen bittet darum, dem Finanzausschuss die Richtlinie zuzuleiten und die finanziellen Auswirkungen für die einzelnen Schulen darzustellen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 09 15 – 684 08 – Lichtblick Flensburg e.V. – antwortet Staatssekretär Dr. Tauras, dem Ministerium liege erst jetzt ein schriftliches Konzept der Koordinierungsstelle vor, die Suizidpräventionsangebote für das ganze Land mit unterschiedlichen Trägern implementieren solle.

### **Einzelplan 10**

#### **Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung**

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 10 08 – 534 02 – Geschäftsführung der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister der Länder (GFMK) – teilt Frau Pagell, Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung und Antidiskriminierung im Sozialministerium, mit, veranschlagt seien die Kosten der Geschäftsstelle, die man Mitte nächsten Jahres besetzen werde und die vier Konferenzen im Jahr 2027 vorbereite, in dem Schleswig-Holstein den Vorsitz habe. Bei der Veranschlagung orientiere man sich an den Kosten der Vorjahre. – Abgeordnete Krämer bittet darum, dem Ausschuss die Gesamtkosten im Zusammenhang mit dem Vorsitz der GFMK mitzuteilen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu den Auswirkungen der Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems erläutert Sozialstaatssekretärin Schiller-Tobies, im Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge werde ein Zwei-Schichten-Betrieb eingeführt (Kapitel 10 09). – Abgeordnete Raudies bittet das Sozialministerium, dem Finanzausschuss das Konzept zur Stellenbedarfsberechnung zuzuleiten.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zur vertraulichen Spurensicherung teilt Frau Pagell mit, mit dem mit den Krankenkassen abgeschlossenen Vertrag werde das Angebot im Kern gleichbleiben. Es werde weiterhin eine begleitende Landesförderung geben (zum Beispiel für Schulungen).

Staatssekretärin Schiller-Tobies bekräftigt, dass das Angebot auch im südlichen Landesteil aufrechterhalten bleiben solle. Sie sagt zu, dem Finanzausschuss nach Abschluss der Verhandlungen mit dem UKSH eine schriftliche Information zukommen zu lassen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu den Kosten der Erstaufnahmeeinrichtungen erwidert die Staatssekretärin, veranschlagt seien die Kosten für die nach dem Standortkonzept berechneten Personalbemessungen inklusive des Standorts Boostedt bis Ende 2028.

Abgeordnete Krämer bittet um schriftliche Erläuterungen zu den geplanten Maßnahmen bei 16 10 Maßnahmegruppe 20 – Maßnahmen gemäß Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG).

**Einzelplan 13**  
**Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur**

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies erklärt Umweltstaatssekretär Knuth die Schaffung zusätzlicher Stellen damit, dass es in Teilen neue Bedarfe gebe, zum Beispiel bei der Umsetzung der Wiederherstellungsverordnung, der Trinkwassereinzugsgebietsverordnung und MUNIMAR. Beim Emissionsschutz gebe es insbesondere infolge des Ausbaus der erneuerbaren Energien bei Industrieunternehmen erhöhte Bedarfe, und diese Stellen seien durch Gebühren gegenfinanziert.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 13 15 – 631 05 – Anteilige Erstattung von Kosten an den Bund zur Bergung von Munition im Meer – antwortet Staatssekretär Knuth, veranschlagt seien die Kosten für die Munitionsbergung im Meer, über deren genaue Aufteilung sich Bund und Länder noch verständigen müssten (insgesamt 70 Millionen Euro). Es gehe um die Betriebskosten der bereits erprobten Plattform und die Kosten der Bergung. Es sei nicht beabsichtigt, diese Mittel zur Deckung anderer Haushaltspositionen heranzuziehen.

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies und Krämer zu Titel 13 18 Maßnahmegruppe 05 – Wasserstoffstrategie.SH – teilt Staatssekretär Knuth mit, sobald man sich mit HanseWerk über den Kaufpreis verständigt und die LHO-Prüfung durchgeführt habe, werde man dem Finanzausschuss eine entsprechende Vorlage zuleiten. Dies Haushaltsmittel aus dem laufenden Jahr würden zurückgegeben, es gebe keine Rücklage.

Abgeordneter Plambeck bittet das Landwirtschaftsministerium um nähere Erläuterungen zum Bedarf bei Titel 13 20 – 271 02 – ELER.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 13 20 – 681 03 – Entschädigungen für Nutzungsbeschränkungen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes „Rastplätze für wandernde Vogelarten“ und des Halligprogramms – macht Staatssekretär Knuth darauf aufmerksam, dass die ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen bereits im Haushalt 2025 enthalten und mit Verträgen für Vertragsnaturschutzmaßnahmen hinterlegt seien.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zur Förderung von Ladesäulen und Elektromobilität verweist Staatssekretär Knuth auf Haushaltsstelle 16 13 Maßnahmegruppe 20 – LuKIFG. Mit den Mitteln aus Titel 811 23 wolle man insbesondere ÖPNV-Dienstleistungen erbringende private Unternehmen fördern. Es handele sich um eine neue Fördermaßnahme, für die bisher schlicht das Geld gefehlt habe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 16 13 – 893 24 – Zuschüsse für klimaneutrale Investitionen zur Ertüchtigung kritischer Infrastrukturen – antwortet Staatssekretär Knuth, es gehe insbesondere darum, kritische Energieinfrastruktur abzusichern, zum Beispiel durch moderne (biokraftstoffbetriebene) Notstromaggregate, und Netzstabilität für öffentliche Einrichtungen zu gewährleisten. Bisher habe man lediglich Eckpunkte erarbeitet und noch keine Richtlinie oder Ähnliches formuliert.

Abgeordnete Raudies spricht das Thema „Veräußerung von Grundstücken“ an. Sie hält eine Ermächtigung im Haushaltsgesetz für nicht ausreichend und wünscht sich eine Einbindung des Finanzausschusses.

- Stellungnahme des Landesrechnungshofs  
Umdruck [20/5542](#)

Herr Dr. Badenhop, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, stellt die Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushaltsentwurf (ohne Nachschiebeliste) vor. – Der Finanzausschuss nimmt Umdruck [20/5542](#) zur Kenntnis.

- Gesamtplan für IT und Digitalisierung 2025  
Umdruck [20/5568](#)

Die Behandlung dieser Vorlage wird aus Zeitgründen auf die Ausschusssitzung am 4. Dezember 2025 verschoben – Abgeordnete Raudies bittet die Landesregierung, den jährlichen Gesamtplan für IT und Digitalisierung früher vorzulegen (vor Beginn der Einzelplanberatungen).

- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck [20/5611](#)
- Änderungsantrag der Fraktion des SSW  
Umdruck [20/5613](#)

Die Fraktionen werden ihre Änderungsanträge in der Sitzung am 4. Dezember 2025 vorstellen.

## 2. Information/Kenntnisnahme

- Umdruck [20/5512](#) – Steuerschätzung
- Umdruck [20/5517](#) – Sondervermögen Infrastruktur
- Umdruck [20/5526](#) – Justizcloud
- Umdruck [20/5534](#) – Sachsenwald
- Umdruck [20/5548](#) – Zinsstrategie
- Umdruck [20/5551](#) (neu) – Kredite, Finanzderivate, Schulden
- Umdruck [20/5554](#) – Standortkonzept
- Umdruck [20/5556](#) – Unternehmensbesteuerung
- Umdruck [20/5560](#) – Innovationsmanagement
- Umdruck [20/5389](#) – Neuregelung der DFG-Programmpauschale  
vertraulicher Umdruck [20/5546](#) – Landesunterkunft Bad Segeberg

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

**3. Verkauf von landeseigenen Flächen in Brunsbüttel an die Firma  
Advario Project GmbH zur Errichtung eines Ethylenterminals  
und weiterer Tanklager**

Antrag der Landesregierung  
Drucksache [20/3749](#)

(überwiesen am 21. November 2025)

vertrauliche Vorlage des Wirtschaftsministeriums  
vertraulicher Umdruck [20/5607](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird ebenfalls aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung vertagt.

**4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes im Bereich des Zuschusses für gesetzlich krankenversicherte Beamtinnen und Beamte**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und SSW  
Drucksache [20/3778](#)

(überwiesen am 21. November 2025)

– Verfahrensfragen –

Abgeordnete Raudies bittet die Landesregierung mitzuteilen, ob auch Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach der geltenden Gesetzeslage einen Anspruch auf den Arbeitgeberzuschuss zur Krankenversicherung geltend machen könnten, wie es der Landesgesetzgeber gewollt habe.

Die Beratung über den Gesetzentwurf soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

5. **Bericht der Landesregierung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur weit überwiegend verfassungswidrigen Beamtenbesoldung im Land Berlin in den Jahren 2008 bis 2020 und mögliche Auswirkungen auf Schleswig-Holstein**  
auf Vorschlag des Vorsitzenden

Dieser Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung vertagt.

## **6. Verschiedenes**

Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 4. Dezember 2025 statt.

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss, aus Zeitgründen auf die Anhörung zum Oppositionsantrag „Gastronomie stärken“, Drucksache [20/3284](#) (neu), zu verzichten und den Punkt zur Dezembertagung des Landtags anzumelden.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauser, schließt die Sitzung um 16:50 Uhr.

gez. Christian Dirschauser  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer